



RUNDBRIEF AUSBILDUNG

Ausgabe 6 / 2002

Berlin, 10. Juli 2002

Die Themen:

Koordinierungsstelle KAUSA sorgt für Ausbildungsplätze in ausländischen Unternehmen	2
Der Verband Türkisch-Europäischer Unternehmervereine e.V. setzt sich für die berufliche Qualifizierung ein	4
Die Arbeitsgemeinschaft türkischer Unternehmer und Existenzgründer unterstützt ausländische Selbstständige bei der Ausbildung	6
Mehr Rechte für Auszubildende – Interessenvertretungen nun auch in außerbetrieblichen Ausbildungsstätten	8
Mit Internet und im Klassenraum zum IHK-Abschluss - Zeugnisübergabe an Handelsfachwirte auf der Wachsenburg in Thüringen	9
Investmentfondskaufmann / Investmentfondskauffrau: Neuer Ausbildungsberuf ab August 2003	10
Zum Rundbrief Ausbildung	10
Impressum	10

Im Rundbrief Ausbildung werden in dieser und den folgenden Ausgaben in einzelnen Artikeln Projekte, Initiativen etc. dargestellt, die sich zum Ziel gesetzt haben, Jugendlichen ausländischer Herkunft eine Ausbildung zu ermöglichen bzw. Betriebe mit Inhabern ausländischer Herkunft dazu zu motivieren und dabei zu unterstützen, wenn sie sich in der Ausbildung engagieren. Institutionen und Projekte, die auf diesem Gebiet tätig sind, werden gebeten, Informationen über ihre Aufgabenstellung an die Redaktion zu schicken (Jens.Schmidt@bpa.bund.de).



RUNDBRIEF AUSBILDUNG

Ausgabe 6 / 2002

Berlin, 10. Juli 2002

Koordinierungsstelle KAUSA sorgt für Ausbildungsplätze in ausländischen Unternehmen

Die Koordinierungsstelle - Ausbildung in ausländischen Unternehmen (KAUSA), angesiedelt beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag, vernetzt und berät alle Initiativen, die ausländische Betriebe beim Einstieg in die Ausbildung unterstützen. Unternehmer ausländischer Herkunft engagieren sich seit Jahren erfolgreich in der deutschen Wirtschaft. Allein in Deutschland werden rund 281.000 Unternehmen in mehr als 90 Branchen von ausländischen Selbstständigen geleitet. Gut eine Million Arbeitnehmer sind hier beschäftigt, davon etwa 125.000 Deutsche. Leider bilden je nach Branche nur rund 3 bis 6 Prozent der ausländischen Betriebe aus, verglichen mit 30 Prozent bei deutschen Betrieben eine viel zu niedrige Zahl. Schätzungsweise könnten insgesamt etwa 11.000 Ausbildungsplätze zusätzlich erschlossen werden. Viele ausländische Unternehmen scheuen sich auszubilden, weil ihnen Informationen fehlen und sie den zeitlichen und administrativen Aufwand als zu hoch einschätzen.

Inzwischen haben Politik und Wirtschaft das Ausbildungspotenzial in ausländischen Unternehmen erkannt und sind aktiv geworden: Laut Umfrage vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag haben bereits in 40 von 82 Industrie- und Handelskammern Aktivitäten für die Ausbildung in ausländischen Unternehmen stattgefunden. Rund 25 regionale Initiativen und Projekte arbeiten für die Ausbildungsbeteiligung der Unternehmen mit ausländischen Inhabern. In etwa drei Jahren konnten durch ihre Bemühungen etwa 2.500 Ausbildungsstellen eingerichtet werden. Die Arbeit dieser Initiativen ist sehr zeit- und arbeitsintensiv: Adressen ausländischer Unternehmer müssen gesucht, gesammelt und geprüft werden. Danach bemühen sich die Ausbildungsplatzwerber vor Ort, einen dauerhaften Kontakt zu den Firmeneinhabern aufzubauen: Dazu sind oft viele Betriebsbesuche und Informationsgespräche nötig. Schließlich gilt es auch, davon zu überzeugen, dass Ausbildung im eigenen Betrieb den Bedarf an Fachkräften sichert - und damit langfristig die Zukunft des Unternehmens. Wenn gewünscht, stellen die Ausbildungsplatz-Akquisiteure den Kontakt zu den für die Ausbildung wichtigen Institutionen her: zur Industrie- und Handelskammer, zur Handwerkskammer oder auch zum Arbeitsamt. Sie leisten Hilfestellung bei der Auswahl der Auszubildenden, regen die Teilnahme an den Ausbil-

derseminaren an, klären über die Möglichkeiten der Verbundausbildung auf und betreuen diese gegebenenfalls.

KAUSA bündelt Informationen und fördert den Erfahrungsaustausch der einzelnen Projekte und Initiativen vor Ort. Durch eine aktive Öffentlichkeitsarbeit will die Koordinierungsstelle deren verschiedene Ansätze und Ergebnisse publik machen. Hauptmedien sind der vierteljährlich erscheinende Info-Brief „Kompetenz in Aus- und Weiterbildung“, den KAUSA gemeinsam mit dem Partnerprojekt PRO QUALIFIZIERUNG herausgibt. Regelmäßig neue Informationen, Projektportraits und Termine finden Interessenten bei www.KAUSA.de. Die Internetseiten sind ein zentrales Infomedium des Projektes. Ein Ziel von KAUSA: neue Projekte zur Ausbildungsplatzakquise anzuregen.

Um mehr Ausbildungsplätze in ausländischen Unternehmen zu gewinnen, unternimmt KAUSA verschiedene Aktivitäten:

- Durchführung und Dokumentation von Fachtagungen zum überregionalen Erfahrungsaustausch und zur Weiterbildung von Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeitern.
- Motivierung ausländischer Unternehmer zur Ausbildung durch eine Reihe von Aktionen wie die Ausbildungskampagne „Wir bilden aus!“, bei der u.a. kroatische Gastronomen auf die Ausbildereignungsprüfung vorbereitet werden.
- Herausgabe des in mehreren Sprachen erschienenen Faltblatts „Erfolgreiche Unternehmer bilden aus“, das durch regionale Ausbildungsberater direkt an die Adressaten gelangt.
- Erstellung einer CD-ROM und eines Fachglossars in verschiedenen Sprachen.

Als Informationszentrale nutzt KAUSA die Möglichkeiten der Neuen Medien: Sie suchen Ansprechpartner in Ihrer Region? Im Internet ermöglicht eine Datenbank unter www.KAUSA.de den Zugriff auf Projekte, Institutionen und Initiativen aus ganz Deutschland - mit konkreten Ansprechpartnern. Abgerundet und ergänzt wird der Service durch Links zu beispielhaften Initiativen und Ausbildungsbetrieben, Unternehmerportraits und zu News oder Veranstaltungshinweisen. Aktuelle Presseveröffentlichungen sind hier ebenfalls zu finden.



RUNDBRIEF AUSBILDUNG

Ausgabe 6 / 2002

Berlin, 10. Juli 2002

Der Verband Türkisch-Europäischer Unternehmervereine e.V. setzt sich für die berufliche Qualifizierung ein

Globalisierung und zunehmende Internationalisierung signalisieren deutlich: Die Länder der Welt rücken näher zusammen. Die fallenden Grenzen zwischen den Staaten ermöglichen neue Handelsbeziehungen. Gleichzeitig wird die wirtschaftliche Zusammenarbeit über die Staatsgrenzen hinaus immer wichtiger. TIDAF, der Verband Türkisch-Europäischer Unternehmervereine e.V. mit Sitz in Köln, hat sich zur Aufgabe gemacht, diese Wirtschaftskooperation zu ermöglichen bzw. zu unterstützen.

In Deutschland lebt die größte Zahl türkischer Bürger im Ausland. Mit den Anwerbeabkommen 1961 und 1964 fielen die politischen Grundsatzentscheidungen für die Beschäftigung türkischer Arbeitnehmer in der deutschen Wirtschaft. Heute stellt die türkische Bevölkerung den weitaus größten Ausländeranteil in der Bundesrepublik. Türkische Betriebe und Geschäfte sind aus dem Wirtschaftsleben der Bundesrepublik nicht mehr wegzudenken. Türkische Unternehmensgründungen in Deutschland erfolgen auch in neuen und sonst nicht von Ausländern besetzten Branchen. Mittlerweile stellen die türkischen Unternehmer in der Bundesrepublik die höchste Zahl ausländischer Selbstständiger.

TIDAF vertritt die Interessen türkischer Unternehmer in Deutschland und fördert die Wirtschaftsbeziehungen beider Länder. Darüber hinaus erfüllt TIDAF auch übergreifende wirtschaftspolitische Aufgaben in Deutschland und Europa. Der Verband greift Unternehmern beider Länder auch ganz pragmatisch unter die Arme. Konkret: Will sich ein türkischer Unternehmer z. B. in Köln selbstständig machen, fehlen ihm in der Regel die richtigen Ansprechpartner. Wie kann das Vorhaben mit Hilfe verschiedener Institutionen wie z. B. Banken finanziert werden, wie sind die wirtschaftlichen Chancen, wo liegen die unternehmerischen Risiken – TIDAF beantwortet solche Fragen und steht in beratender Funktion zur Seite. Mittels wirtschaftlicher Kontakte vertieft TIDAF „ganz nebenbei“ auch die menschlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Türken und Deutschen.

Das Thema Ausbildung und Qualifikation war und ist für den TIDAF ein wesentlicher Bestandteil der Verbandsarbeit. Um die Chancenwahrnehmung zur beruflichen Ausbildung bzw. Qualifikation unter den türkischen Jugendlichen in Deutschland zu verbessern, startete der TIDAF mit den angeschlossenen örtlichen Vereinen von 1996 bis 1999 in Kooperation mit dem Ausbildungsverbund, gezielt eine Informationskampagne für die türkischen Schulabgänger über die Berufsausbildung. Mit dieser Aktion wurde das Ziel verfolgt, die Jugendlichen zum Einstieg in ein Ausbildungsverhältnis zu motivieren und/oder sie bei der Suche nach geeigneten Ausbildungsplätzen zu unterstützen. Gefördert wurde das Projekt durch die örtlichen IHKs und Arbeitsämter.

Darüber hinaus setzte sich der TIDAF für die Erlangung der Ausbilderqualifikation der türkischen Unternehmer in Deutschland ein. Durch Seminare und Schulungen der Unternehmer türkischer Abstammung und Ausstattung der Unternehmen wurden die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für das Ausbilden im Betrieb geschaffen. Auf diese Weise sind zahlreiche neue Ausbildungsplätze entstanden.

Zusammen mit dem türkischen Ministerium für Tourismus wird derzeit ein Konzept für ein Austauschprogramm entwickelt. Dabei sollen 100 Auszubildende aus Deutschland in Hotels in der Touristenregion Antalya/Türkei zu Hotelfachkräften qualifiziert werden.

Vor gut einem Jahr hat TIDAF in Kooperation mit der Universität Hannover das MigrantInnennetzwerk für Existenzgründung, Arbeits- und Ausbildungsplatzförderung in Niedersachsen - MINEXA-Nds begonnen. Es soll eine Brückenfunktion zwischen den in diesem Bereich etablierten Beratungsinstitutionen und den Unternehmern und Unternehmerinnen übernehmen. Eine wichtige Funktion ist Ausbildungsplatzakquisition und Verbundausbildung bei Unternehmen mit Inhabern ausländischer Herkunft. Dazu gehören die Überprüfung der notwendigen Voraussetzungen für die duale Berufsausbildung. Unternehmen, die die Voraussetzungen erfüllen, werden motiviert auszubilden. Bei Bedarf werden Verbundpartner oder Auszubildende vermittelt.

Außerdem ist TIDAF an der nordrhein-westfälischen Informationskampagne „Zugewanderte als Chance für Wirtschaft und Verwaltung in NRW“ beteiligt. Das Ziel dieser Initiative ist, Betriebe und Verwaltungen über die Potenziale von jungen Zugewanderten zu informieren und diesen Jugendlichen den qualifizierten Einstieg in die Berufsausbildung und den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern. Parallel dazu möchte TIDAF gemeinsam die Jugendlichen mit Migrationshintergrund und ihre Eltern erreichen und sie ermutigen, ihre Chancen zu erkennen und wahrzunehmen.

Weitere Informationen unter www.tidaf.de.



RUNDBRIEF AUSBILDUNG

Ausgabe 6 / 2002

Berlin, 10. Juli 2002

Die Arbeitsgemeinschaft türkischer Unternehmer und Existenzgründer unterstützt ausländische Selbstständige bei der Ausbildung

Die Arbeitsgemeinschaft türkischer Unternehmer und Existenzgründer e.V. (ATU) ist Träger des Projekts „Ausländische Selbstständige bilden aus“, das im Rahmen des Sofortprogramms der Bundesregierung zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit finanziert wird. Die ATU wurde schon 1996 aus der Handelskammer heraus gegründet. Ziel des Projekts ist es, das große Potential von Betrieben mit ausländischen Inhabern in Hamburg für den Ausbildungsmarkt zu erschließen, um weitere Lehrstellen für deutsche und ausländische Jugendliche zu schaffen. Geeignete Bewerber und Betriebe werden zusammengeführt und bei der Durchführung der Ausbildung begleitet. Hierbei sollen besonders benachteiligten Jugendlichen zusätzliche Chancen eröffnet werden. Ein weiteres Ziel ist die erfolgreiche und qualifizierte Durchführung der Ausbildung, die durch Beratung und Begleitung der Betriebe und Jugendlichen gewährleistet werden soll. Betriebe, die einmal erfolgreich ausgebildet haben, sollen dauerhaft als Ausbildungsbetriebe gewonnen werden. Betrieben, die zwar ausbilden möchten, aber alleine nicht ausbildungsberechtigt wären, soll dies durch die Schaffung von Ausbildungsverbänden ermöglicht werden. Insgesamt sind 380 Ausbildungsplätze seit April 1999 - dem Zeitpunkt des Beginns der Förderung durch das Sofortprogramm - bei ausländischen Unternehmen akquiriert worden, von denen 288 besetzt werden konnten.

Da bei der Akquise von ausländischen Betrieben zunächst die dort anzutreffenden Informationsdefizite abgebaut werden müssen, wurden Broschüren und andere Unterlagen in verschiedenen Sprachen erstellt. Auf Basis dieser Orientierungshilfen werden Unternehmer gezielt angesprochen und sowohl Einzelgespräche als auch Veranstaltungen durchgeführt. Neben der Information steht die Unterstützung der Betriebe bei Erfüllung der Formalitäten, z.B. der Erlangung der Ausbildungsberechtigung und dem Abschluss des Ausbildungsvertrages im Vordergrund. Betriebe, die das volle Berufsbild nicht abdecken und deshalb nicht eigenständig ausbilden können, werden mit anderen Betrieben und/oder einem Bildungsträger in einem Verbund zusammengeführt. Die ATU koordiniert diese Ausbildungsverbände. Sie meldet die akquirierten Ausbildungsplätze dem Arbeitsamt und unterstützt es bei der Auswahl der Bewerber, indem sie mit geeigneten Bewerbern Bewerbungsgespräche führt und

den Kontakt zum Betrieb herstellt. Es handelt sich hierbei um Jugendliche jeglicher Herkunft mit überwiegend mittleren bis unteren Bildungsabschlüssen.

Im Anschluss begleitet die ATU das Ausbildungsverhältnis, indem sie sowohl den Betrieben als auch den Jugendlichen mit Rat und Tat zur Seite steht. Es werden überwiegend in den Bereichen Reiseverkehr, Bürokommunikation und Einzelhandel Ausbildungsplätze geschaffen. Im Dezember 1999 wurde ein Azubi-Stammtisch eingerichtet, der sich regelmäßig trifft und Auszubildenden die Möglichkeit bietet, alle Fragen und Interessen rund um die Ausbildung zu besprechen. Der Azubi-Stammtisch verfolgt langfristig das Ziel, diese Jugendlichen als Multiplikatoren zu gewinnen, um andere Jugendliche gezielter ansprechen zu können.

Zusätzlich zur oben beschriebenen Kernaufgabe hält die ATU noch andere unterstützende und bildende Angebote für Betriebe und Jugendliche bereit. Einige Beispiele: Sie bot in Zusammenarbeit mit der Handwerkskammer und der Fleischerinnung eine Qualifizierungsmaßnahme für ausländische Lebensmitteleinzelhändler an. Diese konnten hier eine Ausnahmegewilligung für die „Herstellung und Verkauf von Hackfleisch im eigenen Betrieb“ erlangen. Langfristig sollen diese Unternehmer als Ausbilder im Bereich Fleischverkauf gewonnen werden. Auch werden Computerschulungen und Seminare zur Arbeitssicherheit angeboten, um die Existenz von türkischen Kleinunternehmern zu sichern, ihre Arbeit weiter zu professionalisieren und damit auch die gute Ausbildung der Jugendlichen zu flankieren.

Im Oktober 2000 und im April 2002 fanden als zusätzliche Maßnahmen für Jugendliche Bildungsreisen mit Auszubildenden in die Türkei nach Istanbul und in anatolische Provinzen statt. Durch Besuche in Schulen und Betrieben wurde den Auszubildenden die Möglichkeit gegeben, einen Einblick in die türkische Arbeitswelt und das Ausbildungssystem zu gewinnen und sich mit türkischen Arbeitnehmern und Auszubildenden auszutauschen. Hintergrund der Maßnahme waren die zunehmende Globalisierung der Märkte, der zu erwartende Beitritt der Türkei in die EU und der daraus resultierende steigende Bedarf an interkulturellen Qualifikationen. Die Reisen waren sowohl für die Reisegruppe als auch für die Gastgeber eine wichtige Erfahrung. In Zukunft sind weitere Bildungsreisen geplant.

Im Rahmen des Job Aktiv Gesetzes wird momentan bei der ATU das neue Geschäftsfeld „Ausbildungsservice für Handel und Dienstleistung“ aufgebaut. Hierbei werden nunmehr auch Ausbildungsplätze bei deutschen Betrieben gewonnen und ein gezielter Vermittlungsservice für Jugendliche aller Nationen geboten.

Weitere Informationen unter www.atu-ev.de.



RUNDBRIEF AUSBILDUNG

Ausgabe 6 / 2002

Berlin, 10. Juli 2002

Mehr Rechte für Auszubildende – Interessenvertretungen nun auch in außerbetrieblichen Ausbildungsstätten

Anders als betriebliche Auszubildende sind die jungen Menschen in außerbetrieblichen Ausbildungsstätten keine Arbeitnehmer im Sinne des Betriebsverfassungsgesetzes. Dadurch war ihnen die Gründung einer eigenen Interessenvertretung durch die bisherige Rechtslage unmöglich. Faktisch bedeutet das, dass bisher über 125.000 Auszubildende - hauptsächlich in den neuen Bundesländern - keine rechtlichen Möglichkeiten hatten, sich zu organisieren und ihre Belange aktiv zu vertreten.

Um auch für diese Auszubildenden die Beteiligungsmöglichkeiten gesetzlich zu verankern, wurde in das Berufsbildungsgesetz mit § 18a eine Regelung eingestellt, die ihnen das Recht auf eine eigene Interessenvertretung einräumt. Da Gerichte ausschließlich für Arbeitssachen zuständig waren, musste auch das Arbeitsgerichtsgesetz auf Angelegenheiten aus § 18a des Berufsbildungsgesetzes ausgeweitet werden. Damit ist sichergestellt, dass die Auszubildenden ihre Rechte und Interessen auch in einem arbeitsgerichtlichen Prozess geltend machen können. Das Gesetz ermächtigt das BMBF, durch Rechtsverordnung die nähere Ausgestaltung der Interessenvertretung im Einzelnen zu regeln.

Angelehnt an die Vorschriften des Betriebsverfassungsgesetzes ist die Wahl möglich, wenn in der Bildungseinrichtung mindestens fünf Auszubildende beschäftigt werden.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Wolf-Michael Catenhusen, erklärte dazu: "Wir brauchen motivierte junge Menschen, die sich für die Belange Anderer einsetzen. Das heute verabschiedete Gesetz ist deshalb auch eine Aufforderung an die jungen Frauen und Männer, sich zu engagieren und auf dem Weg in den Beruf demokratische Teilhabe zu leben."



RUNDBRIEF AUSBILDUNG

Ausgabe 6 / 2002

Berlin, 10. Juli 2002

Mit Internet und im Klassenraum zum IHK-Abschluss - Zeugnisübergabe an Handelsfachwirte auf der Wachsenburg in Thüringen

Das Engagement und Durchhaltevermögen von 17 jungen Einzelhandelskaufleuten der Rewe Zentral AG Hungen hat sich gelohnt. Nach einer 2-jährigen Weiterbildung bei der Handelsakademie Hessen-Thüringen haben sie ihre IHK-Prüfung zum Handelsfachwirt erfolgreich abgelegt. Damit haben sie einen wichtigen Meilenstein für die Übernahme von Leitungsfunktionen in Handelsunternehmen gelegt.

Mit einer Kombination aus traditionellen Weiterbildungskonzepten und internetgestütztem Lernen hat die Handelsakademie Hessen-Thüringen in Zusammenarbeit mit der Marburger „eBildung AG für lebenslanges Lernen“ und der Hamburger Firma „Sand und Schiefer – büro für neues lernen“ als erster Anbieter in Deutschland einen internetgestützten Fernlehrgang für Handelsfachwirte (www.handelsfachwirt24.de) durchgeführt.

Es wurde modernste Technik eingesetzt, um flexibel jederzeit und an jedem Ort der Welt lernen und sich in virtuellen Kursräumen austauschen zu können. Die gute Zusammenarbeit aller Beteiligten führte übrigens zu einer Vielzahl neuer Kurse und Lernangebote – darunter dem Lehrgang „Ausbildung der Ausbilder“ (www.ada24.de) – und zur Weiterentwicklung der Lernplattform Bildungswerkzeug (www.bildungswerkzeug.de)

Initiatoren und Teilnehmer des gemeinsamen Projektes der Handelsakademie Hessen-Thüringen, der REWE Zentral AG Niederlassung Hungen und der Industrie- und Handelskammer Erfurt feierten am 5. Juni in den traditionsreichen Gemäuern der Veste Wachsenburg in Thüringen den überaus erfolgreichen Abschluss des Lehrgangs: Nur ein Teilnehmer bestand die Prüfung nicht. Die Zeugnisübergabe an die Handelsfachwirte und das gemeinsame Feiern auf einer der drei sagenumwobenen Burgen "Drei Gleichen" bildeten auch im Internetzeitalter einen Höhepunkt und Kontrapunkt zum virtuellen Kontakt über das Netz.

RUNDBRIEF AUSBILDUNG

Ausgabe 6 / 2002

Berlin, 10. Juli 2002

Investmentfondskaufmann / Investmentfondskauffrau: Neuer Ausbildungsberuf ab August 2003

Die Investmentbranche wächst und wird auch in den kommenden Jahren vermehrt qualifiziertes Personal benötigen. Schon heute fehlen auf dem Arbeitsmarkt rund 1.000 Investmentfondskaufleute. Dieser Fachkräftebedarf und das Fehlen eines passenden Ausbildungsprofils waren Anlass, Eckwerte für einen neuen Ausbildungsberuf zu entwickeln und beim Bundeswirtschaftsministerium eine Neuordnung zum Investmentfondskaufmann/zur Investmentfondskauffrau zu beantragen. Am 19. Juni wurde entschieden, für eine duale Berufsausbildung eine Ausbildungsordnung zu erarbeiten. Ziel ist es, die neue Ausbildung zum 1. August 2003 in Kraft zu setzen.

Investmentfondskaufleute sollen in allen Bereichen von Kapitalanlagegesellschaften tätig sein. Zu ihren Aufgaben gehören die Analyse der Märkte, Entscheidungsvorbereitung von Transaktionen für Fonds, Abwicklung der Transaktionen sowie die Betreuung der Depots. Typische Arbeitsgebiete können der Depotservice, die Fondsbuchhaltung, Research-Tätigkeiten und die Unterstützung des Fondsmanagements unter Einsatz der Informations- und Kommunikationssysteme darstellen.

„**Rundbrief Ausbildung**“: Der Rundbrief enthält vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung in Zusammenarbeit mit der Gemeinschaftsinitiative „Ausbilden - Wir machen mit“ zusammengestelltes Informationsmaterial. Die Gemeinschaftsinitiative hat das Ziel, Ausbildung zu fördern und dazu beizutragen, dass allen Jugendlichen, die dies wollen, ein Ausbildungsplatz angeboten wird.

Mitglieder der Gemeinschaftsinitiative sind: Bundesanstalt für Arbeit, Bundesinstitut für Berufsbildung, Bundeskanzleramt, Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Bundesverband der Freien Berufe, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Deutscher Industrie- und Handelskammertag, DGB-Bundesvorstand, Hauptverband des Deutschen Einzelhandels, Stiftung Begabtenförderungswerk berufliche Bildung, Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Zentralverband des Deutschen Handwerks.

Der Rundbrief Ausbildung gibt eine Auswahl relevanter Informationen zum Thema berufliche Aus- und Weiterbildung wieder. Die Darstellung erfolgt in einer redaktionell überarbeiteten, komprimierten Form mit Hinweisen auf weitergehende Recherchemöglichkeiten und Bezugsquellen.

Impressum: Der „Rundbrief Ausbildung“ wird ausschließlich im Internetangebot der Bundesregierung www.bundesregierung.de publiziert. Er kann unter <http://www.bundesregierung.de/frameset/index.jsp> per eMail abonniert werden.

Herausgeber und Redaktion:

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 11044 Berlin, Referat 312 - Bildung und Forschung - . Verantwortlich: Dr. Jens Schmidt, Tel. 01888 - 272 3126, Marianne Bahr, Tel. 01888 - 272 3265. Hier vorgestellte Publikationen sind nur über die angegebenen Adressen zu beziehen.